

Pressemitteilung – SPERRFRIST 6. Oktober, 2025, 9 Uhr

RIAS-Publikation zeigt die Dimensionen von Antisemitismus seit dem 7. Oktober auf

Berlin, 06.10.2025: Zwei Jahre nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 sind antisemitische Vorfälle weiter auf hohem Niveau– mit schwerwiegenden Folgen für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Das zeigt die Publikation „Politischer Antisemitismus seit dem 7. Oktober“ des Bundesverbands RIAS. Sie behandelt in mehreren Beiträgen, wie Antisemitismus als politischer Mobilisierungsfaktor wirkt, analysiert beteiligte Akteure und beleuchtet den Umgang von Jüdinnen und Juden mit dieser Zäsur.

Auswertung von Versammlungen: Antisemitische Inhalte konstant sichtbar

Im Zentrum steht die erstmalige Auswertung von 2225 Versammlungen vom 7. Oktober 2023 bis Ende 2024, bei denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden. Die Auswirkungen des 7. Oktobers zeichnen sich deutlich im Protestgeschehen ab: Rechnerisch fanden pro Tag fünf Versammlungen mit antisemitischen Inhalten statt; vor dem 7. Oktober war es knapp eine. Bei 89 % dieser Versammlungen wurde israelbezogener Antisemitismus dokumentiert– dieser ging dabei oft mit anderen Formen von Antisemitismus einher.

„Aufrufe zur Vernichtung Israels, Befürwortung von Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, offene Unterstützung des Terrors der Hamas und die Relativierung der Schoa – all das ist zwei Jahre nach dem 7. Oktober zur bedrückenden Normalität geworden“, fasst Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS, die Auswertung zusammen.

Akteurslandschaft: Antisemitismus wirkt über politische Lager hinweg

Die Versammlungen sind von politischen Mischszenen geprägt: antiisraelische Aktivisten, islamistische Gruppen ebenso wie links-antiimperialistische Akteure demonstrierten gemeinsam auf Versammlungen. „Die Feindschaft gegenüber Israel ist das Bindeglied, das Akteure unterschiedlichster Spektren mobilisiert“, so Steinitz.

Wie Israelfeindschaft als vereinigende Strategie wirkt, zeigt die Analyse der transnationalen Gruppe Masar Badil. Die Gruppe feierte den Terror des 7. Oktober 2023 oder den Mord an zwei israelischen Diplomaten im Mai 2025 als „Widerstand“. In Online-Seminaren vermittelt sie Kontakte zu terroristischen Akteuren wie der Hamas – trotz des Verbots der Terrororganisation. „Aktiv wird in der breiten Bewegung der Palästina-Solidarität geworben, auch den gewaltsamen Kampf zu unterstützen. Das birgt ein enormes Radikalisierungspotenzial“, fasst Linus Kebba Pook, Geschäftsführer von Democ und Autor der Analyse, die Strategie zusammen.

Antisemitismus an Hochschulen: Bedrohung akademischer Freiheit

An Hochschulen zeigen sich die Auswirkungen von mobilisiertem Antisemitismus in der zuletzt gestiegenen Anzahl an Vorfällen und im wachsenden Druck auf Studierende und Lehrende. Das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender analysiert im Interview: „Antisemitische Diffamierungskampagnen und Boykottaufrufe gegen israelische Kollegen gefährden die Freiheit von Forschung und Lehre.“

Anwältin Kristin Pietrzyk betont in ihrem Beitrag, dass Universitäten Antisemitismus nicht untätig begegnen dürfen: „Lehreinrichtungen brauchen klare Schutz- und Deeskalationskonzepte, konsequentes Hausrecht und unabhängige Anlaufstellen.“ Sie vertritt die Klage eines jüdischen Studenten gegen die FU Berlin, der aufgrund seines Engagements gegen Antisemitismus schwer verletzt wurde. Auch das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender fordert: „Hochschulen stehen in der Verantwortung, jüdisches Leben sichtbar zu schützen.“

Steigender Beratungsbedarf bei schwindender Aufmerksamkeit

Die Zunahme von antisemitischen Vorfällen hat zu einem steigenden Bedarf an Beratung und Unterstützung von Betroffenen geführt – besonders im Bereich der Schulen. „Die Herausforderung liegt darin, steigende Bedarfe mit begrenzten Ressourcen zu bewältigen“ berichtet Sebastian Mohr, Teamleiter der Antidiskriminierungsstelle SABRA in einem Interview. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Antisemitismus ab – oft aus Sorge vor Konflikten.

Die Publikation „Politischer Antisemitismus seit dem 7. Oktober“ kann ab sofort unter report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf eingesehen werden.

Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Marco Siegmund, Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter: presse@report-antisemitism.de oder 0176 – 345 451 55

→ Auf den nächsten Seiten finden Sie Stimmen zur Veröffentlichung der Publikation.

Stimmen zur Veröffentlichung:

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS e. V.:

„Aufrufe zur Vernichtung Israels, Befürwortung von Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, offene Unterstützung des Terrors der Hamas und die Relativierung der Schoa – all das ist zwei Jahre nach dem 7. Oktober zur bedrückenden Normalität geworden. Keine Woche vergeht, ohne dass antisemitische Parolen in der deutschen Öffentlichkeit zu hören sind. Die Feindschaft gegenüber Israel ist das Bindeglied, das Akteure unterschiedlichster Spektren mobilisiert – das zeigt unsere Auswertung von 2.225 Demonstrationen mit antisemitischen Inhalten seit dem 7. Oktober. Diese Entwicklung kann nur gestoppt werden, wenn demokratische Akteure bei Antisemitismus eine rote Linie ziehen. Dabei ist klar: Öffentlich Anteil an der Situation der Menschen im Gaza Streifen zu nehmen ist legitim und steht nicht im Widerspruch damit Antisemitismus zu benennen sowie zurückzuweisen.“

Linus Kebba Pook, Geschäftsführer von democ e. V.:

„Masar Badil eröffnet Sympathisanten des militanten Kampfes gegen Israel einzigartige Zugänge zu hochrangigen Terroristen. Nirgendwo sonst ist es so problemlos möglich, digital mit Hamas, Houthis und Palestinian Islamic Jihad direkt in Kontakt zu treten.

Die Organisation feiert öffentlich antisemitischen Terror wie den am 7. Oktober 2023 in Israel oder den Mordanschlag in Washington und solidarisiert sich mit den Tätern. Aktiv wird in der breiten Bewegung der Palästina-Solidarität dafür geworben, auch den gewaltsamen Kampf zu unterstützen. Das birgt ein enormes Radikalisierungspotenzial, das in direkte schwere Gewalttaten in Deutschland umschlagen könnte.“

Prof. Dr. Julia Bernstein, Prof. Roglit Ishay und Dr. Ilja Kogan, Vorstand des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH):

„Nach dem 7. Oktober 2023 fühlen sich jüdische Studierende und Lehrende an vielen deutschen Hochschulen isoliert, bedroht und unter Generalverdacht gestellt. Antisemitische Diffamierungskampagnen und Boykottaufrufe gegen israelische Kollegen gefährden die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen stehen in der Verantwortung, jüdisches Leben sichtbar zu schützen und Standards gegen Hass und Gewalt durchzusetzen, verpflichtende Bildungsangebote zu etablieren und eine Kultur von Solidarität zu schaffen.“

Kristin Pietrzyk, Anwältin:

„Es besteht eine Notwendigkeit dem Normalisierungsdruck antisemitischer Ausgrenzung an Hochschulen entgegenzutreten. Lehreinrichtungen brauchen klare Schutz- und Deeskalationskonzepte, konsequentes Hausrecht und unabhängige Anlaufstellen – damit Räume der Bildung und des Austausches für alle sicher bleiben. Wenn öffentlich-rechtliche Einrichtung dies nicht sicherstellen, müssen Sie mit den Mitteln des Rechts dazu gezwungen werden.“

Sebastian Mohr, Teamleiter von der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA):

„Seit dem 7. Oktober 2023 beobachten wir eine deutliche Zunahme antisemitischer Vorfälle in Schulen und im öffentlichen Raum. Gleichzeitig schwindet die gesellschaftliche Aufmerksamkeit zusehends. Für SABRA heißt das: Wir müssen Lehrkräfte, Multiplikator*innen und Institutionen gezielt stärken, um Antisemitismus nachhaltig entgegenzutreten. Zugleich nimmt die Beratungsarbeit für Betroffene zu. Die Herausforderung liegt darin, steigende Bedarfe mit begrenzten Ressourcen zu bewältigen.“